

Hefte aus Burgscheidungen

---

GERALD GOTTING

# Afrika den Afrikanern!

Zur Freiheitsbewegung der afrikanischen Völker



56

---

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte der CDU  
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der  
Christlich-Demokratischen Union

Hefte aus Burgscheidungen

---

GERALD GOTTING

## Afrika den Afrikanern!

Zur Freiheitsbewegung der afrikanischen Völker

1961

---

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte der CDU  
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der  
Christlich-Demokratischen Union

## Inhalt

Einleitung .....	5
1. Die historische Entwicklung der Freiheitsbewegung .....	6
2. Die Kräfte der nationalen Befreiungsbewegung formieren sich .....	9
3. Entstehung und Entwicklung von Parteien und Organisationen .....	12
4. Was hat die Unabhängigkeitsbewegung bisher erreicht?	15
5. Gegenaktionen der Imperialisten .....	18
6. Neue Formen imperialistischer Unterdrückung .....	21
7. Die Methoden des Neokolonialismus .....	24
8. Das „Eurafrika-Projekt“ und die NATO .....	26
9. Die alte imperialistische Raubpolitik soll fortgesetzt werden .....	28
10. Afrika steht nicht allein .....	31

## Einleitung

1960 errangen siebzehn afrikanische Länder ihre Unabhängigkeit. In keinem anderen Jahr zuvor wurde der Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems so deutlich wie in diesem, das man „das Jahr Afrikas“ genannt hat. Die Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien würdigten in ihrer Moskauer Erklärung vom November 1960 diese Tatsache als außerordentlich bedeutsam für die internationale Entwicklung, weil durch sie das Kräfteverhältnis in der Welt weiter zugunsten des Friedens verändert wird. Andererseits aber ist die wachsende und heute die Weltpolitik bestimmende Kraft des für Frieden, Demokratie und Sozialismus kämpfenden Weltsystems die ermutigende und beflügelnde Hoffnung der noch unterdrückten Völker.

Deshalb heißt es mit Recht in dem Moskauer Dokument: „Der volle Zusammenbruch des Kolonialismus ist unabwendbar... Der Zerfall des Systems der Kolonialklaverei unter dem Ansturm der nationalen Befreiungsbewegung ist in seiner historischen Bedeutung die wichtigste Erscheinung nach der Entstehung des sozialistischen Weltsystems.“ Gleichzeitig weist die Erklärung jedoch auch auf die Gefahren hin, die den jungen unabhängigen Staaten von seiten der Imperialisten drohen, die mit ihrer sogenannten „Wirtschaftshilfe“ die alten kolonialen Positionen zurückgewinnen oder gar neue erobern wollen. Die Erklärung warnt auch vor den reaktionären Kräften, die mit ihrer antikommunistischen Hetze die Einheit der nationalen Befreiungsfront zu sprengen versuchen, und sie betont erneut die Solidarität der kommunistischen und Arbeiterparteien mit allen Völkern, die für ihre Unabhängigkeit kämpfen.

Trotz der großen Erfolge der nationalen Befreiungsbewegung in Afrika gibt es noch immer Gebiete, in denen erbittert um die Freiheit und Unabhängigkeit gerungen wird. Wir brauchen uns nur an Algerien, an den Kongo, an Kenia, an die anderen Kolonien in Ost- und Südostafrika und schließlich an die Südafrikanische Union mit ihrer faschistischen Apartheid-Politik zu erinnern, um die kontinentale Weite des nationalen Befreiungskampfes in Afrika zu erfassen.

Die vorliegende Darstellung will allgemein betrachten, wie sich die Freiheitsbewegung in Afrika entwickelt hat; dabei soll besonders Westafrika berücksichtigt werden, dessen Probleme ich bei meinen Besuchen persönlich kennenlernen konnte.

## 1. Die historische Entwicklung der Freiheitsbewegung

Der Riese Afrika reckt sich. Er sprengt seine Fesseln, um seine Geschicke in die eigenen Hände zu nehmen. Ein Land nach dem anderen erkämpft seine Unabhängigkeit. Gab es vor elf Jahren, 1950 also, auf dem ganzen afrikanischen Kontinent nur vier unabhängige Staaten, so waren es 1960 bereits siebenundzwanzig. Der Befreiungskampf der Afrikaner aber geht weiter. Er wird erst dann zu Ende sein, wenn ihr Erdteil völlig unabhängig ist.

Schwer und opferreich ist dieser Kampf. Afrikas beste Söhne weihen ihm ihr Leben und besiegeln ihr Freiheitsstreben mit dem Tod. Erst in jüngster Vergangenheit wurden wir dessen Zeuge, als die Kolonialherren den rechtmäßigen Ministerpräsidenten der Republik Kongo, Patrice Lumumba, und dessen Kampfgefährten durch ihre kongolesischen Henkersknechte bestialisch ermorden ließen. Sie glaubten, damit den Widerstand gegen ihre neokolonialistischen Pläne brechen zu können. Ihr Verbrechen rief jedoch den Protest aller freiheitsliebenden Völker hervor und bestärkte Afrika in seiner Kampfentschlossenheit. Der Name Lumumba wurde zum Symbol des afrikanischen Unabhängigkeitskampfes.

Dieses Ringen der kolonial unterdrückten Völker um ihre nationale Freiheit ist eingebettet in den weltweiten Kampf der Nationen um ihre Befreiung vom Imperialismus. Gesetzmäßig vollzieht sich in unserem Jahrhundert, mit unserer Hilfe, der Zusammenbruch des Imperialismus. Die Befreiung der Arbeiterklasse von kapitalistischer Ausbeutung, ihr Wirken für eine neue Gesellschaftsordnung, den Sozialismus, und der Kampf der unterdrückten Völker gegen die Ketten des Kolonialismus sind zwei Seiten des unsere Epoche kennzeichnenden Menschheitskampfes gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg, für eine Welt der Humanität, der sozialen Gerechtigkeit, der nationalen Freiheit und des Friedens.

Der nationale Befreiungskampf der Völker ist so alt wie das Kolonialsystem selbst. Aber allzu ungleich waren in der Vergangenheit die Kräfte in diesem Ringen. Sporadisch, lokal begrenzt, ohne einheitliche Leitung und Zielrichtung geführt, mußten diese Kämpfe anfangs erfolglos bleiben. Das änderte sich erst, als die Werktätigen Rußlands mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bewiesen, daß die Imperialisten nicht unüberwindlich sind. Das russische Volk zerbrach die Ketten der eigenen und der ausländischen Imperialisten. Lenins Nationalitätenpolitik brachte den bis dahin vom Zarismus unterdrückten Völkern ökonomische, politische und kulturelle Freiheit. Hier war Wirklichkeit geworden, wonach sich die unterjochten Völker Afrikas und Asiens sehnten und sehnen.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution gab dem nationalen Befreiungskampf der Völker neue Impulse. Dem russischen Roten Oktober folgten revolutionäre Erhebungen in der Türkei, im Iran, in Afghanistan, Syrien, Marokko, China, Korea, Indochina und Indonesien. Durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution hatte das kapitalistische System seine weltumfassende Geltung verloren. Die allgemeine Krise des Kapitalismus brach an, die zugleich zur Krise des Kolonialismus führte. Revolutionäre Kämpfe in den kapitalistischen Ländern Europas gaben der Arbeiterbewegung in den sogenannten Mutterländern einen mächtigen Aufschwung und förderten damit auch die nationale Befreiungsbewegung in den kolonialen Ländern.

Eine neue Etappe erreichte die nationale Befreiungsbewegung während und vor allem nach dem zweiten Weltkrieg, in dessen Folge sich das sozialistische Weltlager bildete und die allgemeine Krise des Kapitalismus noch verschärfte. Damit entzogen sich nicht nur weitere Länder dem Einfluß des Imperialismus, sondern die Monopole verloren auch gleichzeitig wichtige Absatzmärkte. Das Kräfteverhältnis in der Welt veränderte sich mehr und mehr zugunsten des sozialistischen Lagers. Das internationale Ansehen der Sowjetunion hatte durch ihren Sieg über den Faschismus beträchtlich gewonnen, England und Frankreich hingegen hatten an Bedeutung verloren. Lediglich die USA hatten relativ an Stärke zugenommen. Das faschistische Deutschland, Italien und Japan lagen militärisch, politisch und ökonomisch am Boden. In Europa waren eine Anzahl Länder aus dem kapitalistischen System ausgebrochen. Hinzu kommt, daß auch die nationale Befreiungsbewegung in den kolonialen und halbkolonialen Ländern Asiens und Afrikas bedeutende Erfolge errang.

Der Charakter des zweiten Weltkrieges als Befreiungskampf der Völker vom Faschismus hatte diese Entwicklung begünstigt. Zehntausende von Angehörigen der kolonialen Länder hatten in den britischen und französischen Armeen gegen die faschistischen Mächte unter der Losung „Für Freiheit und Demokratie“ gekämpft. Die Teilnahme an diesem Kampf stärkte das nationale Selbstbewußtsein ihrer Völker. Immer lauter wurde ihre Frage, weshalb man ihnen die Freiheit verweigerte, für die sie an den europäischen, nordafrikanischen und asiatischen Fronten gekämpft hatten.

Während des zweiten Weltkrieges hatten Soldaten aus den Kolonien nicht nur in den Armeen der Antihitlerkoalition gestanden, sondern einige koloniale und abhängige Völker mußten auch in eigenen Lande die Aggressoren bekämpfen. Wie die Partisanen in den von den Faschisten besetzten Ländern Europas, so hatten die Söhne und Töchter Chinas, Koreas und Vietnams zu den Waffen gegriffen und geholfen, die japani-

schen Imperialisten aus ihrem Heimatland zu vertreiben. Gleichzeitig führten sie diesen Kampf auch gegen den inneren Feind, gegen die Feudalherren und Kollaborateure, die ihr Vaterland verraten hatten.

Auf das sozialistische Weltlager richteten sich die Blicke der noch kolonial oder halbkolonial unterdrückten Völker. Am Kampf und Sieg ihrer chinesischen, koreanischen und vietnamesischen Brüder nahmen sie sich ein Beispiel für ihr eigenes Ringen. Die Freiheitsbewegung in Asien, die durch die Niederlage der japanischen Aggressoren einen neuen Auftrieb erhalten hatte, breitete sich immer mehr aus. Mit dieser Entwicklung des nationalen Befreiungskampfes begann der Zerfall des Kolonialsystems.

In einzelnen Ländern waren inzwischen auch neue ökonomische Bedingungen entstanden. Die Kolonialmächte der Antihitlerkoalition waren gezwungen, kriegswichtige Produktion in die Kolonien zu verlegen und Konsumgüter in den kolonialen Ländern selbst zu produzieren. Sie entwickelten in ihren überseeischen Gebieten in gewissem Umfang einzelne Industriezweige und trugen somit dazu bei, neue ökonomische Voraussetzungen für die Unabhängigkeit dieser Länder zu schaffen. So griff die Unabhängigkeitsbewegung um sich und führte schließlich zur zumindest formalen Selbständigkeit nahezu aller Völker des asiatischen Kontinents. Lebten 1939 noch fast zwei Drittel der Menschheit unter der Knute der Kolonialherren, so befreiten sich allein in der Zeit von 1945 bis 1957 über 1,3 Milliarden Menschen.

Große Bedeutung für die Ausdehnung der Unabhängigkeitsbewegung kommt der Konferenz von Bandung im April 1955 zu. Die 29 dort vertretenen asiatischen und afrikanischen Staaten bekannten sich zur Gemeinsamkeit in ihrem Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus. Das Anliegen dieser Konferenz charakterisierte der Präsident Indonesiens, Sukarno, bei der Eröffnung mit den Worten: „Wir gehören vielen verschiedenen Nationen mit verschiedener sozialer Struktur und Kultur an. Unsere Lebensweise ist verschieden... Wir gehören verschiedenen Rassen an, und selbst unsere Hautfarbe ist verschieden. Was macht das aber aus? Die Menschheit wird nicht durch diese Merkmale vereinigt oder getrennt... Was uns eint, ist, davon bin ich überzeugt, wichtiger als das, was uns zu trennen scheint. Uns eint z. B. der Haß gegen den Kolonialismus, in welcher Form sich dieser auch äußern mag. Uns eint der Haß gegen den Rassismus, uns eint schließlich die Entschlossenheit, den Weltfrieden zu erhalten und zu festigen.“

Die Bandung-Konferenz ist für die Welt eng verknüpft mit den Prinzipien der friedlichen Koexistenz, die die Erhaltung des Friedens zum Ziel haben und den Kampf gegen Imperia-

lismus und Kolonialismus befürworten. Bandung gab den um ihre Unabhängigkeit ringenden Völkern nicht nur moralische Unterstützung, sondern versicherte sie auch der Solidarität jener Völker, die den Kolonialismus bereits überwunden hatten, und wurde damit zum Initiator der Gemeinsamkeit im Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus.

In diesem Freiheitskampf können die heute noch kolonial unterdrückten Völker der Sympathie und Unterstützung der sozialistischen Staaten gewiß sein. Das Eintreten der Sowjetunion für die Freiheit der kolonial unterdrückten Völker dokumentierte sich wieder in der großen Rede Nikita Chruschtschows vor der XV. Vollversammlung der UNO, in der er eine Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder vorschlug und so das Freiheitsverlangen der heute noch kolonial unterdrückten und versklavten Völker bedeutend unterstützte. Diese Forderung nach wirklicher Unabhängigkeit entspricht voll und ganz auch dem Willen dieser Völker. „Jeder aufrechte Mensch und jede Regierung“, so heißt es in dem Vorschlag der Sowjetunion, „die in der Tat für Gleichberechtigung der Völker eintritt, muß erkennen, daß der Kolonialismus eine überlebte, eine schmachvolle Erscheinung im Leben der Menschheit von heute ist.“ Deshalb sei es endlich an der Zeit, den Qualen der Kolonialvölker ein Ende zu setzen. Dieses Eintreten der Sowjetunion für die Rechte der Völker durchkreuzt machtvoll die imperialistischen Kolonialbestrebungen.

## 2. Die Kräfte der nationalen Befreiungsbewegung formieren sich

Die Kolonisierung Afrikas und seine koloniale Unterdrückung sind stets auf den erbitterten Widerstand der afrikanischen Völker gestoßen. Die Geschichte ihres heldenhaften Kampfes gegen die Kolonialherren, dieses opferreichen Weges zur Freiheit, den die Afrikaner seit dem 15. Jahrhundert gegangen sind, ist bisher wenig erforscht. Hier sei nur an den Widerstand Äthiopiens gegen die kolonialen Eroberungsversuche im vergangenen Jahrhundert und gegen die Aggression des faschistischen Italien in unserer Zeit, an den Kampf der Ashanti, an die Erhebung der Herero (1904—1906), an den Maji-Maji-Aufstand (1905—1906) in Ostafrika und an den großen Zulu-Aufstand von 1906 erinnert. Machtvoller noch sind die Freiheitskämpfe nach 1945: der heldenmütige Aufstand der Kikuyu in Kenia z. B., den die britischen Kolonialherren nur mit Anwendung modernster Waffen grausam unterdrücken konnten, oder die kraftvollen Demonstrationen der Kongolesen 1959 und nicht zuletzt der heldenhafte, schon über sechs Jahre andauernde Kampf des algerischen Volkes um seine Freiheit.

Während weite Teile der Bevölkerung heute noch bestehenden Kolonien in Elend und Unwissenheit gehalten werden, strahlen die Beispiele Ghanas und Guineas, die tatkräftig an die Überwindung des Kolonialerbes gehen, auf ganz Afrika aus. Durch Rassenschranken und durch Privilegien für die weißen Ansiedler versuchen die Kolonialherren, ihre Herrschaft in den ihnen noch verbliebenen Gebieten aufrechtzuerhalten. Doch sie erreichen damit nur, daß sich der Haß gegen die Kolonialisten vertieft und die Afrikaner ihre Kampfschl�ssenhaft und Opferbereitschaft weiter steigern. Position um Position entreißen sie den Kolonialherren.

Die Triebkräfte jeder nationalen Freiheitsbewegung sind die Arbeiter im Bündnis mit den Bauern und dem nationalen Bürgertum. Sie alle wollen die Freiheit ihres Landes. Sie alle wollen verhindern, daß die Naturschätze ihrer Heimat von den Imperialisten ausgebeutet werden, während sie selbst weiter in Not und Elend leben. So ist die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung kolonialer Länder am nationalen Befreiungskampf interessiert und beteiligt. Eine Besonderheit in Afrika ist es, daß die Arbeiterschaft, die Hauptkraft nationaler Freiheitskämpfe, noch schwach entwickelt und teilweise mangelhaft organisiert ist. So sind z. B. in Nigeria nur 1,5 % der Bevölkerung Lohnarbeiter, in Ghana etwa 5 %; in Kamerun machen sie 4,1 % und in Togo 1,6 % der Bevölkerung aus. Durchschnittlich liegt der Anteil der Arbeiter an der Gesamtbevölkerung der afrikanischen Länder zwischen 2,5 % und 3 %. Viele von ihnen sind, z. B. in den Bergwerken, Transportunternehmen usw., nur während weniger Monate im Jahr beschäftigt. Durch diese Saisonarbeit wird die Organisation der Arbeiterklasse ebenso behindert wie durch die Sippen- und Stammesbindungen, die sich noch in vielen Fällen als stärker erweisen als die Klassenzusammengehörigkeit.

Ursache der geringen zahlenmäßigen Stärke der Arbeiterklasse und ihrer mangelhaften Organisiertheit sind die ungeheure, von den Kolonialmächten verschuldete wirtschaftliche Rückständigkeit und die Rassendiskriminierung, beides auch Ursache der relativen Schwäche des afrikanischen Bürgertums. Die junge Bourgeoisie unterscheidet sich zwar in ihrem widersprüchlichen Charakter nicht von ihren Klassengenossen in anderen Ländern, hat aber ihre Besonderheit darin, daß es kaum eine Industrie-Bourgeoisie gibt. Die Wirtschaftspolitik der Kolonialmächte hat deren Bildung bewußt verhindert. Das Bürgertum in Afrika ist, soweit es sich nicht als Finanzbourgeoisie mit den Banken der Metropole verbunden und verbündet hat, vor allem eine Handelsbourgeoisie, die ihrer Natur nach an der Schaffung eines inneren nationalen Marktes und an dessen Verbindung mit dem äußeren Markt interessiert ist. Fast alle diese Gruppen erhoffen sich von der Beseitigung der Kolonialherrschaft eine Erweiterung ihrer Einkünfte. So

kommt es, daß das nationale Bürgertum — gedrängt von der entstehenden und wachsenden Arbeiterklasse — in weiten Gebieten Afrikas eine aktive Rolle im Kampf gegen den Kolonialismus spielt. Rückständigkeit, Rassendiskriminierung, Stammes- und Sippenbindungen, die auch die Herausbildung von Nationen bisher gehemmt haben, erschweren jedoch oftmals den Zusammenschluß aller nach Unabhängigkeit strebenden Schichten zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind.

Eine große Kraft in der nationalen Befreiungsbewegung sind die Bauern. Fast 90 % der Bevölkerung Afrikas leben auf dem Land bzw. unter den Bedingungen der Agrarwirtschaft. Dieser Bevölkerungsteil leidet unter dem Joch doppelter Ausbeutung: durch die ausländischen Monopole und durch die noch weit verbreitete Herrschaft einheimischer Feudalherren. Die Landbevölkerung ist die gewaltige Massenbasis der nationalen Befreiungsbewegung, weil sie die überwiegende Mehrheit jedes afrikanischen Volkes ausmacht. Für sie hängt die Lösung der nationalen Frage eng mit der Lösung der Agrarfrage zusammen, d. h. die nationale Befreiung muß ihnen auch die Beseitigung von feudalen Überresten bringen. Die geschichtliche Entwicklung hat jedoch mehrfach bewiesen, daß die Massen der Landbevölkerung nur schwer in Bewegung zu bringen sind. Die Bauern Afrikas sind zudem durch die von den Kolonialherren verschuldete Unbildung und Rückständigkeit nicht in der Lage, sich an die Spitze der Unabhängigkeitsbewegung zu stellen. Aber ihr enges Bündnis mit den Arbeitern macht einen Erfolg des nationalen Befreiungskampfes erst möglich.

In den letzten Jahren zeigte die Arbeiterklasse Afrikas eine starke Entwicklungstendenz. Allein in der Zeit von 1936 bis 1948 hat sich in den wichtigsten afrikanischen Gebieten die Anzahl der Lohnarbeiter nahezu verdoppelt. Das ist vor allem auf die Entwicklung gewisser Industriezweige während des zweiten Weltkrieges in den Kolonien und auf die Intensivierung des Bergbaus zurückzuführen. Dadurch haben sich in Afrika auch eine Reihe von Zentren gebildet, in denen vorherrschend Arbeiter wohnen. Als Beispiel dafür mag Dakar, die Hauptstadt Senegals, dienen, deren Bevölkerung sich seit 1945 versiebenfacht hat. Ähnliche Konzentrationen findet man auch in Nigeria, in der Republik Kongo und in anderen, vor allem Bergbaugebieten. Immer mehr Afrikaner ziehen in die Städte. Während zunächst der größte Teil der afrikanischen Arbeiter nur eine ungelernete Tätigkeit ausübte, weil die qualifizierten Berufe den Europäern vorbehalten blieben, übernahmen in den letzten Jahren immer mehr Afrikaner auch qualifizierte Arbeiten; vor allem dort, wo das Volk die Kolonialherrschaft bereits abgeschüttelt hat, wächst nicht nur die Anzahl der Industriearbeiter, sondern sie erreichen auch eine ständige Erhöhung ihrer Qualifikation.

Eine wesentliche Rolle in der nationalen Befreiungsbewegung Afrikas spielt die Intelligenz. Obwohl die Kolonialmächte die Entwicklung einer eigenen afrikanischen Intelligenz zu verhindern bzw. eine ihnen hörige Intelligenz heranzuziehen gesucht haben, gibt es heute in Afrika doch bereits eine wachsende Anzahl Wissenschaftler, Dichter, Schriftsteller und Journalisten, die auf der Seite ihres Volkes stehen. Ihre Werke sind in Europa noch wenig bekannt, finden aber starke Resonanz unter der afrikanischen Bevölkerung. Da sie unter der Kolonialherrschaft ebenfalls entrechtet und ausgebeutet wurden, sind die Angehörigen der Intelligenz oft die geistige Triebkraft des Unabhängigkeitskampfes. Viele von ihnen sind aufrechte Patrioten und hervorragende Vertreter der nationalen und demokratischen Bewegung ihres Landes.

Die Bedeutung und die Rolle der einzelnen Schichten für den nationalen Befreiungskampf Afrikas erschöpft sich jedoch nicht in Zahlen und ökonomischen Daten, sie dokumentiert sich vielmehr in der Organisiertheit der antiimperialistischen und antikolonialen Kräfte des afrikanischen Kontinents.

### 3. Entstehung und Entwicklung von Parteien und Organisationen

Nach dem zweiten Weltkrieg bildeten sich auch in Afrika eine Anzahl Massenorganisationen, Parteien und Gewerkschaften. Ihre Gründung erfolgte unter dem Einfluß der antifaschistisch-demokratischen Bewegung in den sogenannten Mutterländern und war getragen von der Woge neugewonnener Freiheit nach dem Ende der faschistischen Herrschaft in Europa. Zumeist entstanden die politischen Organisationen und Parteien aus Massenbewegungen, die in unterschiedlichem Maße und Umfang dem Freiheitswillen Ausdruck gaben, während die Gewerkschaften fast ausschließlich aus Sektionen der entsprechenden Vereinigungen in den sogenannten Mutterländern entstanden. Meist waren die politischen Organisationen ohne klare programmatische Konzeption entstanden; mit der Entwicklung des Nationalbewußtseins jedoch konsolidierten sie sich und wurden in den meisten Fällen zur Basis des Kampfes gegen den Kolonialismus.

Das wird besonders am Beispiel der „Demokratischen Vereinigung Afrikas“ (RDA — Rassemblement démocratique Africain) in den französischen Kolonialgebieten Westafrikas deutlich. Die RDA wurde 1946 als erste größere Partei Afrikas gegründet. Sie hatte kein klar formuliertes Programm. Ihre Führerschaft bestand aus kleinbürgerlichen Intellektuellen und sogar Feudalen. Mit der Differenzierung der Gesellschaft in Afrika bildeten sich ein rechter und ein linker Flügel heraus. Der rechte Flügel der RDA unter dem Großgrundbesitzer-ohn Houphouët-Boigny gab 1950 die Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei Frankreichs auf und geriet immer

mehr in die Isolierung. Schließlich konstituierten sich der „Demokratische Block des Senegal“ und eine Sektion der Sozialistischen Partei Frankreichs (SFIO), die an den ursprünglichen fortschrittlichen Forderungen nach Unabhängigkeit festhielten und die RDA verließen.

Die französischen Imperialisten hatten ihr Ziel erreicht — die nationalen Kräfte begannen zu zersplittern. Die rechten Führer der RDA, die einer konstitutionellen Bindung der Kolonien an Frankreich das Wort redeten, sahen mit Bestürzung das Erstarken des linken Flügels, das ihre eigene Schwäche immer spürbarer werden ließ. Sie wurden jetzt reif, Verbündete der Kolonialherren zu werden. Die Imperialisten nahmen Fühlung mit ihnen auf und fanden sich zur Zusammenarbeit mit ihnen bereit. Darüber hinaus schürten sie die Spannungen zwischen den Flügeln und Gruppierungen der RDA, um die Zersplitterung weiter voranzutreiben. Einzelne Gebietsorganisationen, wie die „Demokratische Union Nigers“ und eine „Union der Bevölkerung Kameruns“, waren bereits aus der RDA ausgeschlossen worden, als sich 1957 durch die Gründung der „Afrikanischen Unabhängigkeitspartei“ (Parti Africain d'Indépendance — PAI) und des „Afrikanischen Konvents“, der sich später mit der „Afrikanischen Sozialistischen Bewegung“ zur „Partei der afrikanischen Umgruppierung“ (PRA — Parti du Regroupement Africain) zusammenschloß, eine weitere Differenzierung vollzog. In der PAI hatten sich die linken Kräfte zusammengeschlossen. Ihr gehören fortschrittliche Intellektuelle und zahlreiche Arbeiter Westafrikas an. In ihrem Programm erhebt sie die Forderung nach Unabhängigkeit aller unter französischer Herrschaft stehenden Gebiete, die Schaffung einer einheitlichen Kampffront aller nationalen, antiimperialistischen Kräfte.

Ihr wahres Gesicht mußten die drei großen Parteien während des Referendums über die de-Gaulle-Verfassung im September 1958 zeigen, als die französischen Kolonien darüber abstimmen sollten, ob sie zur „Communauté Française“, der „Französischen Gemeinschaft“, gehören wollten. Während die PAI ihre Anhänger unzweideutig zum „Nein“ aufforderte, gab es in der RDA und der PRA weitere Differenzierungen. Die rechten Führer traten für die Zustimmung zum Referendum ein, der Führer der guineischen Sektion der RDA, der „Demokratischen Partei Guineas“, Sékou Touré, hatte jedoch zur Ablehnung aufgerufen. Die Bevölkerung Guineas leistete in überwältigender Mehrheit diesem Ruf Folge und erreichte mit dem „Nein“ zu diesem Referendum die Unabhängigkeit für ihr Land. Gleichzeitig vollzog Sékou Touré die Trennung seiner Partei von der RDA.

In welchem Maße die französischen Imperialisten fortschrittliche Parteien und Politiker Afrikas verfolgen, zeigt das



Beispiel der „Union der Bevölkerung Kameruns“ (UPC). Weil sie beharrlich für die Unabhängigkeit und Wiedervereinigung des Landes kämpft, ist sie seit Jahren verboten. Dr. Moumie, der führende Politiker der UPC, wurde durch die „Rote Hand“, die Terrororganisation des französischen Imperialismus, ermordet, weil seine Anhängerschaft immer mehr wuchs und weil er selbst auf internationalen Tagungen die Terrorakte und die unmenschliche Kolonialpolitik der französischen Imperialisten enthüllte.

Auch in den englischen Kolonialgebieten bildeten sich nach dem zweiten Weltkrieg politische Massenorganisationen und Parteien. Die bedeutendste von ihnen ist die „Volkspartei“ (Convention People's Party) von Dr. Kwame Nkrumah in Ghana, die seit mehr als zehn Jahren die Unabhängigkeit des Landes forderte und nach erfolgreichem Kampf heute Regierungspartei des unabhängigen Ghana ist. Einen gleichermaßen erfolgreichen Kampf führte der „Nationale Rat Nigerias und der Kameruner“ (NCNC — National Council of Nigeria and the Cameroons), dessen wachsendem Einfluß es im wesentlichen zu verdanken ist, daß Nigeria 1960 seine Unabhängigkeit errang. In welchem Maße jedoch auch die Briten die politischen Parteien ihrer Kolonien unterdrücken, zeigt ihr Terror gegen die „Union der Afrikaner in Kenia“ (KAU), deren Führer Jomo Kenyatta viele Jahre in britischen Kerkern zubringen mußte und noch heute in einem abgelegenen Gebiet gefangengehalten wird.

Da die Arbeiterklasse Westafrikas noch relativ jung ist und noch keine eigenen Parteien besitzt, kommt der Gewerkschaftsbewegung für den nationalen Befreiungskampf eine große Bedeutung zu. Ihre Entwicklung stand weitgehend unter dem Einfluß der Gewerkschaften der sogenannten Mutterländer. So zeigen sich z. B. in den Gewerkschaften der britischen Kolonien starke Züge des englischen Trade-Unionismus. In den Gewerkschaften des ehemals französischen West- und Äquatorialafrikas hingegen macht sich der Einfluß der CGT, des französischen „Allgemeinen Gewerkschaftsbundes“ bemerkbar, die dazu beitrug, daß sich im Januar 1957 die Gewerkschaftsorganisationen des „Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Afrikas“ (CGTA), des „Bundes der christlichen Werktätigen Afrikas“ (CAGT) und anderer Berufsverbände zusammenschlossen und die einheitliche und autonome Gewerkschaftszentrale, den „Allgemeinen Gewerkschaftsbund der Werktätigen Schwarzafrikas“ (UGTAN = Union Générale de Travailleurs d'Afrique Noire), schufen. Nahezu 90 % der Arbeiter West- und Äquatorialafrikas umfaßt die UGTAN, deren Präsident Sékou Touré ist. Sie hat den Kampf um soziale und gewerkschaftliche Forderungen verknüpft mit dem Ringen um die nationale Unabhängigkeit. Sie ist deshalb auch eine gewaltige Kraft im Kampf gegen den Imperialismus.

Die Imperialisten erkennen die Kampfkraft der Gewerkschaften in ihrem Widerstand gegen koloniale oder neokolonialistische Politik. Deshalb haben z. B. die britischen Kolonialherren viele vergebliche Versuche unternommen, die bestehenden Gewerkschaften aufzulösen und neue, „regierungstreue“ zu gründen. In den inzwischen unabhängig gewordenen afrikanischen Ländern haben die USA sogenannte Gewerkschaftsattachés und Westdeutschland sogenannte Sozialattachés in ihren diplomatischen Vertretungen eingebaut, denen die Aufgabe zufällt, die Gewerkschaften im Sinne der imperialistischen Politik zu beeinflussen bzw. sie vom nationalen Befreiungskampf abzulenken.

Von zwei wesentlichen Gefahren sind die Gewerkschaften Afrikas gegenwärtig bedroht: vom Opportunismus und von Sektierertum. Der Opportunismus ist kompromißlerisch zu jedem Bündnis bereit, selbst wenn es in der Konsequenz dem Befreiungskampf schadet. Das Sektierertum stellt im Gegensatz dazu die sozialen Forderungen in den Vordergrund und verhindert dadurch die notwendige Gemeinsamkeit mit den anderen Bevölkerungsschichten, die für den Erfolg des nationalen Unabhängigkeitskampfes unerlässlich ist. Diese schädlichen Einflüsse konnten jedoch bisher die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung nicht ernsthaft hemmen. Die Tendenz zur Herstellung der Gewerkschaftseinheit in Afrika gewinnt unter der Arbeiterschaft immer mehr an Boden. Die Gründung der UGTAN ist Beweis und Beispiel dafür, wie sich der Gedanke der Gewerkschaftseinheit zu verwirklichen beginnt.

Dieses Einheitsstreben wird auch immer wieder von den Frauen- und Jugendorganisationen Afrikas betont. Wie stark gerade die Jugendbewegung in vielen Ländern Afrikas ist, bezeugen die Treffen und Kongresse der Weltjugend. Die Bedeutung der Jugendorganisationen hob erst wieder die II. Afro-Asiatische Solidaritätskonferenz im April 1960 in Coakry hervor, indem sie eine besondere Resolution zu den Jugendproblemen annahm. Die gleiche Aufmerksamkeit der Konferenz galt der Frauenbewegung, die in Afrika große Aufgaben zu lösen hat. Einen Beweis für die Wirkungsmöglichkeiten der Frauenorganisation erbringt Ghana, wo die Frauen sehr aktiv in die Entwicklung des Landes, vor allem auf den Gebieten des Sozial- und Gesundheitswesens sowie der Volksbildung und Erziehung, eingreifen.

#### 4. Was hat die Unabhängigkeitsbewegung bisher erreicht?

Die Unabhängigkeitsbewegung Afrikas kann auf stolze Erfolge zurückblicken. Ob es sich um den heldenmütigen und opferreichen Kampf der Kikujus in Kenia um Grund und Boden handelt, ob es die Demonstrationen der Südafrikaner gegen die Apartheid waren oder die friedlichen Proteste der Kongolesen gegen die belgische Kolonialherrschaft, die zwar

mit blutigen Metzereien unter der wehrlosen Bevölkerung beantwortet wurden, schließlich aber doch zur Unabhängigkeit führten — alle diese Kämpfe sind Beweise für den unbeugsamen Willen der Afrikaner, aller militärischen Überlegenheit der Kolonialmächte zum Trotz die nationale Selbständigkeit zu erringen. Auch die Aktionen der Einwohner Njassalands, Nord- und Südrhodesiens gegen die Herrschaft der weißen Minderheit und nicht zuletzt der gewaltige Freiheitskrieg Algeriens sind Zeugnisse dieses unbeugsamen Freiheitsbegehrens. Von den Erfolgen der nationalen Befreiungsbewegung zeugt auch die Tatsache, daß eine Anzahl französischer Kolonien, wie Mauretanien, Senegal, Sudan, Elfenbeinküste, Obervolta, Niger, Dahomey, Gabun, Mittelkongo, Tschad, Onbanji-Chari und Madagaskar, bereits 1958/59 eine gewisse innere Autonomie erzwangen.

Als größter Erfolg der Freiheitsbewegung Afrikas darf wohl die Herstellung der Einheit der afrikanischen Völker im Kampf gegen den gemeinsamen Feind betrachtet werden. Stationen auf diesem Weg war neben der Konferenz von Bandung und der ersten Afro-Asiatischen Solidaritätskonferenz in Kairo vor allem die I. Allafrikanische Völkerkonferenz in Accra im Dezember 1958. Auf diesem Kongreß wurde die Bildung eines ständigen Komitees beschlossen, das die allseitige Hilfe für die um ihre Unabhängigkeit ringenden Völker Afrikas organisieren soll. Die Konferenz von Accra stellte fest, daß Kolonialismus und Imperialismus zusammengehören, und verurteilte damit die Bestrebungen einzelner afrikanischer Politiker, mit imperialistischen Staaten zusammenzuarbeiten. Accra forderte auch, den Kontinent sofort zu befreien und den Befreiungskampf ungeachtet der Verschiedenheit von Hautfarbe, Rasse, Religion und Gebietszugehörigkeit zu koordinieren. Trotz dieser grundsätzlichen Einmütigkeit gab es unterschiedliche Auffassungen darüber, ob dieser Kampf mit den Mitteln der Gewaltlosigkeit geführt werden sollte. Man fand sich schließlich zu dem Kompromiß bereit, alle Freiheitskämpfer zu unterstützen, gleichgültig ob sie mit friedlichen Mitteln ihr Ziel zu erreichen suchen oder ob sie Gewalt mit Gewalt beantworten.

Die gleiche Absicht, den antikolonialen Kampf zu stärken, verfolgte die Konferenz unabhängiger Staaten Afrikas im August 1959 in Monrovia. Die Beschlüsse dieser Tagung nahmen Stellung zum Freiheitskampf des algerischen Volkes und forderten das Verbot von Atombombenversuchen in der Sahara und das Selbstbestimmungsrecht für die Völker Afrikas.

Hatten die Kolonialherren nach Monrovia noch immer auf eine Spaltung der afrikanischen Befreiungsbewegung gehofft, so wurde ihnen mit der II. Allafrikanischen Völkerkonferenz von Tunis im Januar 1960 die eindeutige Antwort zuteil: „Sofortige Unabhängigkeit und Einheit!“ Zahlreiche Vertreter der jungen Staaten Afrikas erklärten in Tunis, daß sie den Unab-

hängigkeitskampf so lange nicht als beendet betrachten können, solange nicht der ganze Kontinent frei von den Kolonialherren ist. Die Konferenz empfahl allen afrikanischen Staaten die moralische und materielle Unterstützung Algeriens, verurteilte die Rassenpolitik der Südafrikanischen Union, forderte die Befreiung eingekerkelter Freiheitskämpfer sowie die Aufhebung von Verboten fortschrittlicher Parteien und von anderen Terrormaßnahmen in allen Kolonien.

Diese Geschlossenheit in den Forderungen und die Kampf-solidarität der afrikanischen Völker trugen 1960 ihre Früchte. Die Freiheitsbewegung der afrikanischen Völker feierte im „Jahr Afrikas“ ihre bisher größten Triumphe. Nicht weniger als 17 ehemalige Kolonien erhielten 1960 ihre Unabhängigkeit: Kamerun, Togo, Kongo (ehemals Französisch-Kongo), Somalia, Senegal, Mali, Madagaskar, Kongo (ehemals Belgisch-Kongo), die Zentralafrikanische Republik, Tschad, Dahomey, Niger, Gabun, Volta, Elfenbeinküste, Nigeria und Mauretanien.

Mit der politischen Unabhängigkeit ist jedoch die volle Freiheit noch nicht erreicht; sie ist nur eine erste Etappe auf dem Weg zur vollständigen Befreiung von Kolonialismus und Imperialismus. Auf der II. Allafrikanischen Völkerkonferenz in Tunis im Januar 1960 erklärte der wenige Monate später ermordete Führer der Freiheitskämpfer Kameruns, Dr. Felix Moumie: „Da die Imperialisten und Kolonisatoren nicht imstande sind, der allgemeinen Forderung des Volkes nach Unabhängigkeit und Einheit direkt entgegenzutreten, setzten sie ihre letzte Hoffnung darauf, die Völker mit kleinen Reformen und sogar mit der Proklamierung einer fiktiven Unabhängigkeit zu täuschen. Eben auf diese Weise bedroht der Neokolonialismus von nun an ganz Afrika.“

Nach der Erringung der politischen Unabhängigkeit müssen auch die alten und neuen wirtschaftlichen Fesseln fallen. Die Führer der afrikanischen Befreiungsbewegung haben sehr wohl erkannt, daß die Freiheit des Landes nur dann gesichert ist, wenn es auch ökonomisch unabhängig ist, eine eigene Industrie besitzt und eine nationale Wirtschaft aufgebaut hat. Politische und ökonomische Unabhängigkeit gehören untrennbar zusammen. In der Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker, die der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow der XV. UNO-Vollversammlung vorschlug, heißt es in bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung der ehemaligen kolonialen Länder: „Die Erfahrung lehrt, daß gerade die politische Befreiung der Kolonialvölker und die Schaffung neuer unabhängiger Staaten den Weg zu einem wahren Aufstieg der nationalen Wirtschaft ebnet.“

Ebensowenig läßt sich der Unabhängigkeitskampf Afrikas von der Einheit des Kontinents trennen. Die Imperialisten

haben ihre Anstrengungen vereint, um die afrikanische Befreiungsbewegung in die Knie zu zwingen. Dieser Gemeinschaft der Unterdrücker können die nach Freiheit drängenden Völker Afrikas nur dann wirksam entgegentreten, wenn auch sie sich einig sind im Ziel ihres Kampfes. Diese Einheit trotz aller Verschiedenheiten in den Auffassungen herzustellen und sie zu festigen war die Aufgabe der beiden Allafrikanischen Konferenzen in Accra 1958 und in Tunis 1960.

Die Befreiung Afrikas schreitet voran. Sie gleicht einer Kettenreaktion, bei der ein Glied das andere in Bewegung setzt. Als die Vertreter der Völker Afrikas im Jahre 1960 nach Tunis kamen, war nur von vier Staaten bekannt, daß sie 1960 die Unabhängigkeit erhalten sollten. Am Ende des Jahres waren weitere 13 Staaten hinzugekommen. Die breite Front der afrikanischen Völker, die bereits die Unabhängigkeit errungen haben, wird den Völkern eine wichtige Hilfe sein, die noch um ihre Freiheit kämpfen müssen.

### 5. Gegenaktionen der Imperialisten

Diese Entwicklung trifft auf den heftigsten Widerstand nicht nur der Kolonialmächte selbst, sondern auch aller übrigen imperialistischen Staaten. Mit dem Zerfall des Kolonialsystems in Asien hatten sie große Teile ihrer früheren Einflusssphären auf diesem Kontinent verloren. Um so stärker konzentrierten sie sich dann auf Afrika. Das Anwachsen und die von Jahr zu Jahr zunehmenden Erfolge der afrikanischen Freiheitsbewegung machen aber jetzt ihre finsternen Absichten auf dieser ihrer letzten kolonialen Bastion zunichte. Afrika wird von ihnen ja nicht nur als eine billige Rohstoffquelle und ein profitabler Absatzmarkt betrachtet, sondern wird von ihnen auch in die strategische Vorbereitung eines neuen Krieges einbezogen. Deshalb sind sie bestrebt, ihre Herrschaft über den afrikanischen Kontinent zu erhalten. In ihren Mitteln sind sie dabei nicht wählerisch. Die Skala ihrer Methoden reicht von Lüge, Betrug und Bestechung bis zu Terror, Gewalt und Mord.

Wo die Kolonialisten noch das Heft fest in den Händen zu haben glauben, unterdrücken sie kurzerhand alle Freiheitsbestrebungen mit brutalen Machtmitteln. Zeugnis dafür sind nicht nur die Strafexpeditionen vergangener Jahrzehnte, sondern in viel stärkerem Maße die Terrorakte in jüngster Vergangenheit. In Kamerun z. B. wurden von November 1957 bis Januar 1959, in einem Zeitraum von 15 Monaten also, 5000 Freiheitskämpfer Opfer des französischen Kolonialterrors. 50 000 Kameruner, die sich für die nationale Befreiung ihrer Heimat eingesetzt hatten, wurden in Kerker und Konzentrationslager geworfen. Demonstrationen im ehemaligen Französisch-Mittelkongo und in Belgisch-Kongo wurden niedergeknüpelt oder gar — wie 1959 in Leopoldville — von der Kolonialsoldateska zusammengeschossen. Es sei hier auch an die 1959 von den

französischen Kolonialisten an der Elfenbeinküste provozierten Massaker unter Saisonarbeitern aus Togo und Dahomey erinnert. Den überzeugendsten Beweis für die blutige Kolonialherrschaft der französischen Imperialisten aber liefert der opferreiche Kampf Algeriens. Von 1954 bis 1959 mordeten die französischen Kolonialtruppen 700 000 Helden der algerischen Freiheitsbewegung, Frauen und Kinder.

Nicht weniger grausam gehen die englischen Imperialisten gegen die Freiheitskämpfer in ihren Kolonien vor. Schon mehrfach wurde der Kampf der Kikuyu in Kenia erwähnt. Die Engländer bezeichneten ihn als Aufstand eines „Geheimbundes Mau-Mau“ und organisierten gegen ihn einen regelrechten Feldzug. Allein von 1952 bis 1956 wurden in Kenia von Polizei und Kolonialtruppen 10 000 Afrikaner ermordet; über 70 000 Afrikaner wurden in die zahlreichen Konzentrationslager geworfen. Welche Zustände in solchen Konzentrationslagern herrschen, wird aus einem Bericht der „Neuen Züricher Zeitung“ vom 26. April 1959 deutlich, in dem die Lagerleiter als „im Kriegshandwerk“ ausgebildete Beamte charakterisiert werden. Sie sind mit Schußwaffen und Stöcken ausgerüstet. Die „Neue Züricher Zeitung“ schreibt weiter: „Diesen Lagerleitern wurden nahezu unbeschränkte Vollmachten gewährt, und es sickern nur selten und zufällig Berichte über Gewaltakte durch.“ Wer wird da nicht an ganz ähnliche Lager in Deutschlands SS-Zeit erinnert? Welche Anklage spricht aus dem Telegramm, das die UNO aus dem unter britischer Verwaltung stehenden Treuhandgebiet Tanganjika erhielt und in dem es heißt: „Es vergeht kein Tag, an dem die Afrikaner nicht unter Tränengasbomben leiden würden, nicht Verfolgungen und Verhaftungen ausgesetzt wären . . . Retten Sie uns um Gottes willen vor der Tyrannei!“ Und wer erinnert sich nicht der blutigen Aktionen 1955 in Njassaland, als die englischen Imperialisten die Freiheitsbewegung dieses Landes zerschlugen?

Nicht weniger grausam ist der Rassenterror, dem man in Afrika dort begegnen kann, wo die Kolonialherren noch die Macht in den Händen haben. Bekanntestes Beispiel dafür ist die faschistisch regierte Südafrikanische Union, in der 156 Abgeordnete und 85 Senatoren die „weiße Minderheit“ von 3 Millionen vertreten, 11 Millionen Afrikaner dagegen überhaupt nicht im Parlament vertreten sind. Während sich diese Herren ungehindert betätigen und frei bewegen können, beschränken die Rassengesetze die „Freiheiten“ der Afrikaner fast völlig. Aber auch in zahlreichen Kolonien gibt es mit Rassengründen motivierte Beschränkungen für die Afrikaner. So bestehen z. B. in Südrhodesien über 60 diskriminierende Rassengesetze, obwohl die Verfassung von der „Gemeinschaft der Rassen“ spricht.

Im Grunde ist die ganze Rassenfrage nichts anderes als eine Klassenfrage. Das bestätigt auch eine Untersuchung der UNO-Kommission für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO). Der mexikanische Wissenschaftler Prof. Juan Comas, der die Rassendiskriminierung bis zum Beginn des modernen Kolonialismus verfolgte, schreibt in der UNESCO-Untersuchung über „Rassenhaß im Lichte der Wissenschaft“: „Mit dem Beginn des Kolonialismus in Afrika, der Entdeckung Amerikas und des Seeweges über den Stillen Ozean nach Indien vermehrten sich die Rassenvorurteile und die Verachtung von Menschen mit anderer Hautfarbe. Dies kann nur durch ökonomische Tatsachen erklärt werden.“ Der Professor für Soziologie an der Universität Minnesota (USA), Rose, erklärte in der gleichen Schrift: „Das Rassenvorurteil ist nichts anderes als eine Art Begründung für die ökonomische Ausbeutung und die politische Herrschaft.“ Aus seinen Untersuchungen schließt Prof. Leiris vom Nationalen Institut für Wissenschaftliche Forschung in Paris in der erwähnten Veröffentlichung: „Das Rassenvorurteil ist ausschließlich an antagonistische Widersprüche in der ökonomischen Struktur der menschlichen Gesellschaft gebunden. Das heißt, in dem gleichen Maße, wie die Völker diese ökonomischen Strukturen verändern, wird auch der Rassenhaß verschwinden...“

Die Feststellung, daß die Rassenfrage eine Klassenfrage ist, mag verwirren im Hinblick auf das Verhalten mancher europäischer Kolonisten in Afrika, die nicht zur Kolonialbourgeoisie gehören und selbst ausgebeutet werden und die doch nicht zum Bündnis mit ihren afrikanischen Klassenbrüdern finden. Sie werden durch eine raffinierte Rassenpropaganda dazu erzogen, sich als „Herren“ und als den Afrikanern überlegen zu fühlen. Ob Bourgeois oder nicht, oft zählen sie sich zu den „Herrschenden“, wähen sich ihnen zugehörig und eignen sich die Ideologie und die Manieren der Kolonialherren an. Sie fallen im Grunde dem gleichen Betrug zum Opfer, mit dem der Hitlerfaschismus weite Teile unseres Volkes vergiftet hatte.

Im Zusammenhang mit der Rassenfrage stellen die Kolonialmächte auch immer wieder das sogenannte Problem der „europäischen Minderheiten“ in den Vordergrund, wenn von der Gewährung der Unabhängigkeit die Rede ist, z. B. in Algerien, Kenia, Uganda und Tanganjika. Sie geben vor, dieses Problem aus Sorge um die europäischen Kolonisten in diesen Ländern aufzuwerfen. Bei genauer Betrachtung stellt sich jedoch heraus, daß diese Sorge weniger den Menschen als vielmehr der Erhaltung ihrer Vorherrschaft und ökonomischen Macht gilt. Die Haltung der Afrikaner den weißen Einwanderern gegenüber wird davon abhängen, welche Absichten diese mit ihrem Bleiben verbinden, ob sie ehrlich am Aufbau ihres Gastlandes mitarbeiten oder dessen Entwicklung hintertreiben wollen.

Die Erklärung des Ministerpräsidenten der Republik Algerien, Ferhat Abbas, daß auch alle Europäer in einem befreiten Algerien gleichberechtigte Bürger sein werden, wenn sie die soziale Republik Algerien respektieren und die Gesetze des Landes achten, läßt deutlich erkennen, daß sich der Haß der Afrikaner nicht gegen die „Weißen“ schlechthin richtet, sondern gegen ihre Unterdrücker und Ausbeuter. Darin unterscheiden sie sich um nichts von den besetzten, unterdrückten und ausgebeuteten europäischen Nationen während der Hitlerära. Im übrigen beweist auch das gastfreundliche Verhalten gegenüber Delegationen, Facharbeiter-, Ärzte- und Wissenschaftlergruppen aus der DDR, daß die Afrikaner sehr wohl zwischen Freunden und Feinden zu unterscheiden wissen.

## 6. Neue Formen imperialistischer Unterdrückung

Solange die Kolonialmächte noch Teile Afrikas beherrschen, sind sie unablässig bestrebt, neue Formen der imperialistischen Unterdrückung zu entwickeln. Die alte Methode der Gewaltanwendung erweist sich nicht nur als erfolglos, sie birgt für den Kolonialismus sogar die Gefahr in sich, daß sich die nationale Bewegung im Kampf gegen den Terror stählt und an Qualität zunimmt.

Neben der alten Methode der rohen Gewalt wenden die Kolonialmächte mehr und mehr eine „Politik des Weitblicks“ an, eine Politik kleinerer oder größerer Zugeständnisse je nach Charakter, Intensität und Stärke der nationalen Freiheitsbewegung. Früher verbanden sich die Kolonialisten häufig mit den zum Untergang verurteilten feudalen Schichten — in Basutoland, Swasiland, Betschuanaland, Uganda und anderswo auch heute noch —, um mit Hilfe dieser einheimischen Verbündeten Vorherrschaft und Ausbeutung zu sichern. Heute streben sie auch das Bündnis mit anderen einheimischen Schichten an. Dabei legen sie in der Regel keinen so großen Wert mehr darauf, ihre koloniale Verwaltung unangetastet zu lassen, weil alle solche Versuche gerade diejenige Wirkung hervorrufen, die die Kolonialmächte verhindern wollen: Jede Verzögerung der Unabhängigkeit stärkt die Befreiungsbewegung, führt ihr immer mehr Kräfte zu und zwingt schließlich auch jene Schichten des afrikanischen Bürgertums zu einer konsequenten Haltung, die als künftige Bündnispartner für die Imperialisten in Frage kämen. Die Kolonialmächte beschränken sich deshalb vielmehr darauf, die Macht in „zuverlässige“ Hände übergehen zu lassen. Das ist ja überhaupt der Kern der sogenannten „weitblickenden Politik“ des Westens. Jetzt, da die Kolonialmächte sich gezwungen sehen, einer Kolonie nach der anderen eine gewisse Selbstständigkeit zu gewähren, jetzt, da sich die Unabhängigkeitsbewegung Afrikas zu einer Lawine entwickelt hat, die den Kolonialismus völlig hinwegzufegen droht, möchten sie die Macht jenen konserva-

tiven Nationalisten übergeben, die zu Zugeständnissen an die Kolonialmächte bereit sind und ihnen Gewähr dafür bieten, daß die wirtschaftlichen und damit auch die politischen Positionen der Imperialisten in den nun „unabhängigen“ Ländern gesichert bleiben.

Diese Politik dient der Verwirklichung der Losung: „Afrika dem Westen erhalten.“ Mit dieser Parole suchen die Imperialisten den Afrikanern zu suggerieren, sie seien um die Entwicklung der jungen Staaten ehrlich besorgt. Der Akzent dieser Parole liegt jedoch auf dem schon oft praktizierten Antikommunismus, und so ist sie in ihrem wesentlichen Kern eine auf den afrikanischen Kontinent zugeschnittene Form der Antisowjethetze. Andererseits benutzen sie diese Losung, um Bourgeoisie und Werktätige gegeneinander auszuspielen, die Bewegung der Afrikaner zu spalten, indem sie jeden als Kommunisten oder kommunistenfreundlich bezeichnen, der im Interesse der Freiheit seines Landes ihrer neokolonialistischen Politik ablehnend gegenübersteht.

Der Aufschwung der Bewegung und die Stärke der Werktätigen veranlassen also die Imperialisten, zu einer Politik zu greifen, die den afrikanischen Völkern das kapitalistische System schmackhaft machen soll und zugleich eine Zersplitterung der nationalen Befreiungsbewegung Afrikas und damit die Erhaltung oder Wiedererlangung ihrer Positionen zum Ziele hat. Da heute die Imperialisten beispielsweise nicht mehr umhinkönnen, auch den Afrikanern gewisse Bildungsmöglichkeiten zu gewähren, schicken sie aus den Kolonien Studenten nach Westeuropa und in die USA, damit sie sich, in ihre Heimat zurückgekehrt, infolge des Einflusses, dem sie während der Studienzeit unterlegen hatten, zu einem Bündnis mit den Imperialisten bereifinden. Sie sollen in Zukunft die Geschäfte der Kolonialherren betreiben.

„Divide et impera!“ war von jeher die Devise der Kolonialmächte. Diese Politik des „Teile und herrsche“ wollen sie auch heute noch fortsetzen, indem sie die Selbständigkeitsbestrebungen einiger afrikanischer Politiker fördern, um Afrika zu „balkanisieren“, den afrikanischen Kontinent in möglichst viele und kleine Einzelterritorien aufzugliedern. Damit wollen die Kolonialmächte nicht nur die Bildung von Nationen und die Verwirklichung der afrikanischen Einheit verhindern, sondern auch erreichen, daß die einzelnen Staaten zu „feindlichen Brüdern“ werden und in Afrika Unruheherde wie früher auf dem Balkan entstehen, so daß sie schließlich die Möglichkeit zum Eingreifen erhalten, wenn sie die Zeit gekommen glauben, verlorengegangene Positionen mit Waffengewalt wiederzuerlangen. In der Praxis sehen diese Balkanisierungsversuche so aus, daß die jungen Staaten nach den künstlich gezogenen ehemaligen Kolonialgrenzen gegliedert werden, damit sie wirt-

schaftlich unselbständig und gegenseitig verfeindet bleiben sollen. Mitunter zwingen die Kolonialherren ihnen auch ein föderatives Prinzip des Staatsaufbaus auf, das zu Komplikationen führen muß, wenn es nicht vom Volk und seinen Führern selbst gewählt und geschaffen wurde. Mit dieser Methode versuchen sie vor allem die größeren Länder, wie Nigeria oder die Republik Kongo zu schwächen.

Die Republik Kongo ist ein Schulbeispiel dafür. Als die ehemalige belgische Kolonie die Unabhängigkeit erhielt, wurde ihr ein ausgesprochen föderativer Status aufgezungen. Die zum Teil willkürlich begrenzten Provinzen der Republik erhielten eigene Regierungen mit weitgehenden Vollmachten. Dadurch war es dem Vertrauensmann der früheren Kolonialherren, Tshombe, möglich, die wirtschaftlich bedeutsamste Provinz der Republik Kongo mit überaus reichen Bodenschätzen (Uran!), Katanga, von der Republik zu lösen und zu versuchen, einen selbständigen Staat zu schaffen. Die gesamte Entwicklung in Kongo ist letztlich darauf gerichtet, die einheitliche Republik zu zerschlagen und Voraussetzungen zur Aggression durch die Kolonialherren zu schaffen. Solange die Zentralregierung in den Händen antiimperialistischer nationaler Politiker lag, wühlten die Vertreter der Imperialisten gegen die rechtmäßig gewählte Regierung und unterstützten alle Putschversuche gegen sie. So wurde auch der Staatsstreich des Verräters Mobuto mit ihrer Hilfe geplant und durchgeführt. Ihm und seinen Söldnern galt auch danach bei allen seinen Aktionen gegen die rechtmäßige Regierung und ihre Anhänger alle Unterstützung der alten und der neuen Kolonialherren. Schließlich schritten die Imperialisten offen zur Aggression, um eine Neuverteilung der Einflußgebiete und des Aktienkapitals in der Republik Kongo untereinander vornehmen zu können.

Eine andere Methode der Imperialisten, um künftige Spannungsherde in Afrika zu schaffen, ist die Vereinigung „unsicherer“ mit „zuverlässigen“ Gebieten, wie zum Beispiel Njassalands mit Rhodesien. Gern schaffen die Kolonialmächte auch Streitobjekte zwischen einzelnen jungen Staaten, wie es z. B. Ogaden zwischen Somalia und Äthiopien, Britisch-Kamerun zwischen Nigeria und Kamerun, Ruanda-Urundi zwischen der Republik Kongo und Tanganjika, die Nilwasser zwischen der VAR und dem Sudan sein sollen. „Bewährt“ ist auch die Methode, gewisse Gegensätze unter den verschiedenen Stämmen eines Landes für koloniale Zwecke auszunutzen. Gegen die Unabhängigkeitskämpfer der Kikuij stachelten die Briten 1953 die Massai stämme Kenias auf. Die französischen Kolonialisten setzen Soldaten aus dem Senegal gegen die Unabhängigkeitsbewegung in anderen Kolonien ein. Im November 1960 hetzte Mobuto seine Söldner gegen die tunesischen Einheiten

der UNO in Leopoldville, wobei sieben Tunesier getötet wurden. Tshombe hatte schon vorher im Auftrag der belgischen Kolonialisten seine Söldner zu blutigen Massakern gegen die Baluba in der Provinz Katanga aufgestachelt, die treu zu ihrem rechtmäßig gewählten Ministerpräsidenten Patrice Lumumba standen.

### 7. Die Methoden des Neokolonialismus

Von Monat zu Monat zeigt sich jedoch deutlicher, daß auch solche Praktiken den Zusammenbruch des alten Kolonialsystems nicht aufzuhalten vermögen. Dort, wo sie die Bildung unabhängiger Staaten nicht mehr verhindern konnten, versuchen die Imperialisten deshalb, ihre kolonialen Bestrebungen durch neue Formen der Abhängigkeit und der kolonialen Ausbeutung zu verschleiern. Der Neokolonialismus setzt an die Stelle der offenen Gewalt den ökonomischen Zwang, wengleich auch die Neokolonialisten nicht völlig auf bewaffnete Interventionen und Kolonialkriege verzichten. Der Neokolonialismus verwickelt die kolonialen Expansionsbestrebungen durch sogenannte „Hilfsprogramme“, die ihrem Wesen nach nichts anderes als ökonomische Fesseln für die jungen Staaten sind. Hinzu kommt, daß eine solche „Wirtschaftshilfe“ an politische Bedingungen geknüpft wird und damit nicht nur den Weg zur wirtschaftlichen Selbständigkeit versperrt, sondern vor allem eine neue politische Bindung schafft. Die politische „Unabhängigkeit“ gleicht dann einer formalen Deklaration.

Der typische Vertreter des Neokolonialismus sind die USA, die den jungen afrikanischen Staaten „unverdächtig“ zu erscheinen hoffen, weil sie nicht zu den Kolonialmächten alter Prägung gehören. Durch ihre wirtschaftliche „Hilfe“ für die „schwachentwickelten“ Länder sind sie der gegenwärtig größte neokolonialistische Profitmacher. Diese Politik der „Hilfe“ wurde in den letzten Jahren zum offiziellen Kurs der USA gegenüber Afrika.

In welchem Maße die „Hilfsprogramme“ der wirtschaftlich-kolonialen Expansion Amerikas den Weg ebneten, zeigen die Investitionen, die die USA nach dem zweiten Weltkrieg in Afrika vornahmen. Hatten amerikanische Firmen 1950 „erst“ 453 Millionen Dollar in Afrika angelegt, so stieg diese Summe bis 1956 schon auf 840 Millionen Dollar. In dem gleichen Zeitraum erhöhten sich die staatlichen Investitionen der USA in Afrika von 42 Millionen auf 222 Millionen Dollar. Sie konzentrierten sich im wesentlichen auf Liberia, Rhodesien, Belgisch-Kongo und die Südafrikanische Union. Bemerkenswert ist, daß es sich zum überwiegenden Teil nicht um Neuzugänge von Kapital aus den USA, sondern um re-investierte Gewinne handelt. Diese Tatsache beweist mit großer Deutlichkeit: die „Hilfe“ der USA entspringt dem Streben der Imperialisten

nach Maximalprofiten. Darüber hinaus ist ihnen vor allem an den Rohstoffen gelegen. Der stellvertretende Leiter der Afrika-Abteilung im State Department, Satterthwaite, erklärte bezeichnenderweise: „Die Länder südlich der Sahara versorgen heute die Vereinigten Staaten mit vielen ihrer wichtigsten Rohstoffe, wie Uran, Kobalt, Diamanten, Kolumbit, Gold und Mangan, die sowohl wirtschaftlich wie strategisch wichtig sind.“

Der Junior-Partner des USA-Imperialismus, die westdeutsche Bundesrepublik, strebt ihrem überseeischen Verbündeten auch in der Praktizierung des Neokolonialismus nach. Überall dort, wo afrikanische Staaten sich ihre politische Unabhängigkeit erkämpft haben, tauchen die Vertreter Westdeutschlands auf: Anlässlich der Unabhängigkeitserklärung Togos suchte dessen letzter deutscher Gouverneur, Herzog Adolf von Mecklenburg, alte Verbindungen wieder aufzunehmen, und der EWG-Präsident Prof. Hallstein weilte am Unabhängigkeitstag Kongos in Léopoldville, um neue Kontakte zu knüpfen.

In ihren neokolonialistischen Bestrebungen bedienen sich die deutschen Imperialisten jedoch auch des „kollektiven Kolonialismus“. Sie partizipieren am Kolonialismus der alten oder neuen Kolonialherren und helfen ihnen, ihre Macht aufrechtzuerhalten. So ermöglicht die Adenauer-Regierung den französischen Imperialisten die Fortführung des Algerienkrieges nicht nur, indem sie den Einsatz deutscher Fremdenlegionäre gegen das algerische Volk offiziell duldet, sondern sie gewährte ihnen seit 1957 mehr als 2,5 Milliarden DM Finanzhilfe. Ebenso ist die Bonner Regierung an der volksfeindlichen Entwicklung in der Republik Kongo beteiligt. Bekanntlich hat Westdeutschland mit Belgien ein Geheimabkommen über die Ausbeutung der Uranvorkommen in Katanga sowie über die Ausbildung von Piloten der Bundeswehr auf dem Katanga-Flugplatz Kamina abgeschlossen. Zur Sicherung dieser Abmachungen billigte die westdeutsche Regierung die Verhandlungen von Tshombes sogenanntem Verteidigungsminister Yav mit SS-Leuten und anderen Faschisten, als „Fachleute für die Armee Katangas“ nach Afrika zu gehen.

Eine neokolonialistische Methode ist auch die Bildung der sogenannten „Communauté Française“. Diese „Französische Gemeinschaft“ ist im Grunde genommen nichts anderes als der Versuch der französischen Imperialisten, den endgültigen Zusammenbruch ihres Kolonialreiches zu verhindern. Deshalb wurde in Artikel 1 der de-Gaulle-Verfassung der Passus aufgenommen, daß „die Republik und die Völker der überseeischen Gebiete... eine Gemeinschaft“ bilden. Im obersten Organ dieser „Communauté“, dem Exekutivrat, geben die Vertreter des französischen Finanzkapitals selbstverständlich den Ton an. Zu seinem Aufgabenbereich gehören eine gemeinsame „Außenpolitik, die Verteidigung, das Geldwesen, die gemein-

same Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie die kriegswichtigen Rohstoffe . . . , die Kontrolle des Justizwesens, des Hochschul-Unterrichts und die allgemeine Organisation des gemeinsamen Außenverkehrs und des Fernmeldewesens“. Von einer Selbstbestimmung der Afrikaner — eine der betrügerischen Losungen, mit denen deren Zustimmung zu dem Referendum vom September 1958 erreicht wurde — kann also innerhalb der „Communauté“ nicht die Rede sein. Das wird den afrikanischen Völkern auch immer klarer, wenn sie nach Guinea blicken, das dem Referendum nicht zustimmte und damit wirkliche Unabhängigkeit errang.

Ein „Musterbeispiel“ des „kollektiven Kolonialismus“ bietet die sogenannte EWG, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, mit ihrem „Gemeinsamen Markt“. In die EWG sind auch die überseeischen, d. h. kolonialen Besitzungen der Mitgliedländer „assoziiert“, einbezogen worden, um eine engere Bindung zwischen Afrika und Europa herzustellen, den Afrikanern „Hilfe“ zu geben, ihnen die „Vorteile“ der westeuropäischen Wirtschaft „zugutekommen“ zu lassen und erhöhte Absatzmöglichkeiten für ihre Agrarprodukte zu sichern, wie man anfänglich behauptete. In Wirklichkeit hat sich jedoch gar nichts zugunsten der assoziierten afrikanischen Länder geändert. Die afrikanischen Länder gaben nicht nur wichtige Souveränitätsrechte preis, sie mußten auch ihre Einfuhrzölle um 10 Prozent senken, während die versprochene Zollsenkung der europäischen EWG-Staaten, die zu einer erhöhten Einfuhr afrikanischer Waren führen sollte, nicht erfolgte.

### 8. Das „Eurafrika-Projekt“ und die NATO

Mit Hilfe der betrügerischen EWG-Manöver wollen die Imperialisten Westeuropas das in letzter Zeit stark in den Vordergrund gestellte „Eurafrika-Projekt“ verwirklichen. Von diesem Projekt behaupten seine eifrigsten Verfechter, die westdeutschen Imperialisten, es solle ein Gegengewicht gegen „Eurasien“ sein. In verständlichem Deutsch ausgedrückt, heißt das: man will der Hetze gegen das sozialistische Lager, dem kalten Krieg, durch Einbeziehung Afrikas eine neue materielle Basis geben. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich nämlich, daß die Eurafrika-Konzeption auf Grund aggressiver strategischer Gesichtspunkte aufgestellt ist.

Außer den wirtschaftlichen Interessen, die die alten und die Neokolonialisten in Afrika verfolgen, sind militärische Erwägungen die Beweggründe für die imperialistischen Bemühungen um den afrikanischen Kontinent. Durch seine geographische Lage ist er in den Augen des NATO-Generalstabs von großer Bedeutung nicht nur als Angriffsbasis gegen die sozialistischen Länder — wozu man besonders Nordafrika auserkoren hat —, sondern auch als strategisches Hinterland mit

kriegswichtigen Rohstoffen und Ressourcen. Das geht aus den Bemerkungen des französischen NATO-Generals Callies hervor, der im Zusammenhang mit der NATO-Konzeption erklärte, es komme darauf an, Nordafrika als Basis für Luftoperationen auszubauen und die Gebiete südlich der Sahara als strategische Reserve heranzuziehen. Bereits im Dezember 1949 schrieb ein anderer französischer General in der Militärzeitschrift „Revue de défense nationale“: „Afrika erlaubt alle Arten von Manövern sowohl gegen Europa als auch gegen Asien. Seine Landmasse allein dient als Schutz vor Überraschungen seitens des Gegners und gestattet, unter strengster Geheimhaltung die verheerendsten Operationen vorzubereiten, die man nur gegen ihn richten kann . . . Wenn Westeuropa in einem Weltkonflikt eine Chance hat, dann ist die Chance eben Afrika.“

Seitdem die NATO besteht, hat sie entsprechend ihrer aggressiven Konzeption Afrika mit einem wahren Netz von Stützpunkten überzogen. In Marokko, in Libyen und bei Roberts Field in Liberia besitzen die USA schon eine Reihe von Militärbasen. Das Geheimabkommen Bonns mit Belgien über die Benutzung des NATO-Flugplatzes Kamina in der kongolesischen Provinz Katanga wurde bereits erwähnt. Ein weiterer solcher NATO-Flugplatz befindet sich bei Kano in Nigeria. Bomberbasen wurden bei Brazzaville (ehemals Französisch-Kongo) und bei Fort Lamy in der Nähe des Tschadsees angelegt. Mit amerikanischer Hilfe wurden die Häfen von Dakar und Monrovia modernisiert und zur Aufnahme von Kriegsschiffen hergerichtet. Die Häfen von Abidjan (Elfenbeinküste), Pointe Noire (ehemals Französisch-Kongo), Diego Suarez (Madagaskar) und Djibouti (Französisch-Somali) wurden ebenfalls ausgebaut. Die Briten schufen sich in Mombasa (Kenia) einen Flottenstützpunkt, sowie sie überhaupt bestrebt sind, ganz Kenia zur Militärbasis zu machen. Von Krediten der Internationalen Bank für Entwicklung und Wiederaufbau, die im Finanzjahr 1957/58 für Belgisch-Kongo, Rhodesien, Njassaland und für die Südafrikanische Union 112 Millionen Dollar betragen, wurde der Bau von strategischen Straßen und Eisenbahnlinien in diesen Gebieten finanziert. Schließlich sei noch erwähnt, daß sich die französischen Imperialisten und die deutschen Militaristen die Sahara zum gemeinsamen Raketen- und Kernwaffenexperimentierfeld auserwählt haben.

Mit der Einbeziehung Afrikas in die NATO-Strategie und in das Stützpunktsystem bedrohen die Imperialisten gleichzeitig die nationale Befreiungsbewegung, wie das Beispiel Algeriens beweist. So schließt sich der „verfeinerte“ Ring, den der Neokolonialismus anstelle der anrühlich gewordenen Kolonialketten um die afrikanischen Völker legen will, mit der „altbewährten“ Methode der Gewaltandrohung. Aber weder dadurch noch durch andere Manöver der Kolonialisten läßt sich

die nationale Befreiungsbewegung Afrikas von ihrem Ziel abbringen. Sie führt ihren Kampf in dem Bewußtsein, daß die Selbständigkeit einzelner Staaten erst dann völlig gewährleistet ist, wenn sich der ganze Kontinent befreit und auch seine wirtschaftliche Unabhängigkeit errungen hat.

### 9. Die alte imperialistische Raubpolitik soll fortgesetzt werden

Alle Völker, die den Kolonialismus kennenlernten, hatten unter ihm zu leiden. Kein anderer Kontinent aber hatte solche Grausamkeit und Unmenschlichkeit zu ertragen wie Afrika. Wer die Schuld des Kolonialismus nur einigermaßen ermessen will, der erinnere sich daran, daß vor mehr als zweitausend Jahren in Alexandria Wissenschaft und Handel blühten, daß im Mittelalter die Universität von Timbuktu Weltruf hatte, daß die ersten Kolonisatoren an der Westküste Afrikas reiche Handelsstädte mit einem hochentwickelten Gewerbe vorfanden. Bis zu dieser Zeit hatten einzelne Teile Afrikas häufig einen höheren Entwicklungsstand als manche Gebiete in Europa. Erst mit dem 16. Jahrhundert beginnt die Stagnation in der Entwicklung Afrikas, die bis in unser Jahrhundert reicht. Und heute wird die „Rückständigkeit der Afrikaner“ von denen bedauert oder verspottet, die alle Ursache hätten, an die Brust zu schlagen und „mea culpa“ zu rufen.

Afrika begann zu demselben Zeitpunkt wirtschaftlich und kulturell zu stagnieren, als die Kolonisatoren von dem Kontinent Besitz ergriffen und ihn auszubeuten angingen. Diese Raubpolitik fand ihren sichtbarsten Ausdruck in dem Handel mit afrikanischen Sklaven. Diese grausamste Art der kolonialen Bereicherung wurde von den Portugiesen schon bald, nachdem sie von Ceuta 1415 Besitz ergriffen hatten, eingeführt — sie brachten 1441 die ersten afrikanischen Sklaven nach Lissabon — und kostete den afrikanischen Kontinent im Verlauf von vierhundert Jahren nach vorsichtigen Schätzungen 100 bis 150 Millionen Opfer, überwiegend kräftige junge Männer und Frauen. Zieht man noch in Betracht, daß auch die Sklavenjagden zahllose Opfer forderten, so kann man sich ein Bild machen von dem Ausmaß des Aderlasses, der auch eine Weiterentwicklung der Produktion unmöglich machte. Hinzu kommt die geringe wirtschaftliche Entwicklung Afrikas — zumeist zur landwirtschaftlichen Monokultur —, die von den Bedürfnissen der imperialistischen Wirtschaft diktiert wurde. So wird deutlich: in dem gleichen Maße, in dem sich der wirtschaftliche Aufstieg der imperialistischen Staaten vollzog, verelendete Afrika. Die imperialistischen Staaten errafften Reichtümer, schufen sich ihre wirtschaftliche Überlegenheit auf Kosten Afrikas und seiner Menschen, die in Armut, Not, Elend und Unbildung gestoßen wurden.

Sklavenhandel, Zwangsarbeit und Vertreibung von den fruchtbarsten Ländereien — das war die „zivilisatorische Tat“

der Kolonisatoren in Afrika. Sie ging Hand in Hand mit der Dezimierung der Einwohnerzahl. Der Anteil Afrikas an der Weltbevölkerung sank von 20 % im 16. auf 8 % im 20. Jahrhundert. 50 Jahre belgische Herrschaft im Kongo reduzierten die Bevölkerung um fast die Hälfte; auf Madagaskar leben heute nicht halb so viel Afrikaner wie zu Beginn der französischen Herrschaft vor 60 Jahren. Heute noch stirbt in Afrika eins von vier Kindern im ersten Lebensjahr. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei 35 Jahren. In einem offiziellen Dokument über die Lage der Afrikaner in der portugiesischen Kolonie Angola kann man lesen: „In mancher Beziehung ist die Lage jetzt schlimmer als während der Zeit der reinen Sklaverei. Damals stellte der Neger, den man wie ein Stück Vieh gekauft hatte, einen Wertgegenstand dar, und sein Besitzer war daran interessiert, ihn am Leben zu erhalten, ebenso wie er daran interessiert war, daß sein Gaul oder sein Ochse nicht kreperte. Jetzt wird der Neger nicht mehr gekauft. Er wird ganz einfach an den Staat verpachtet, wobei er in der Theorie ein freier Mensch bleibt. Daher ist es dem Besitzer ganz egal, ob der Neger krank wird oder stirbt. Er ist nur daran interessiert, möglichst viel Arbeit aus dem Neger herauszuschinden, solange dieser noch am Leben ist“ (zitiert nach „Sowjetskaja Rossija“ vom 25. 10. 1960, G. G.). Die Lage der afrikanischen Bevölkerung in den abhängigen Ländern ist heute also kaum besser als früher, wenn sie auch in den verschiedenen Kolonialgebieten unterschiedlich ist.

Das Gerede von der „zivilisatorischen Sendung“ Europas in Afrika ist nichts als eine üble, verlogene Phrase, mit der die Verbrechen der Kolonialisten gegen Wirtschaft und Kultur der afrikanischen Länder bemäntelt werden soll. Oder war es kein Verbrechen, daß die Kolonialherren alle einheimischen Kader auf dem Gebiet der Politik und Verwaltung vernichteten? Zwar setzte man an ihre Stelle auf unterster Ebene wieder Afrikaner ein; sie waren aber im Grunde nichts anderes als Beamte der Kolonialverwaltung, die sich häufig durch ihre Ergebenheit gegenüber der Kolonialmacht für solche Dienste empfohlen hatten. Volksführer, die sich für die Interessen und das Wohl ihrer Heimat einsetzten, wurden rücksichtslos beseitigt bzw. unschädlich gemacht. Das ist heute bei Jomo Kenyatta, den man in den Kerker warf, bei Dr. Felix Moumie, Patrice Lumumba und seinen Gefährten, die ermordet wurden, nicht anders als zu Beginn dieses Jahrhunderts bei Hendrik Wittboi.

Die Entwicklung neuer Kader wurde von den Kolonialmächten unter anderem auch dadurch unterbunden, daß man den Afrikanern nur äußerst eng begrenzte Bildungsmöglichkeiten gab, und auch diese erst in jüngster Zeit. Den eindeutigen Beweis dafür liefert die Anzahl der Analphabeten. Mit



90 % Analphabeten hält Afrika einen traurigen Weltrekord. In der portugiesischen Kolonie Mozambique z. B. waren 1950 noch 99 % der Bevölkerung des Lesens und Schreibens unkundig. In Njassaland haben die Kolonialisten einen „Bildungsplan“ erarbeitet, der für die Zeit von 1957 bis 1961 bei einer Einwohnerzahl von 3 Millionen eine Steigerung der Zahl der Mittelschüler von 120 auf 270 vorsieht. Frankreich war bestrebt, in seinen Kolonien nach der Vernichtung der alten einheimischen Kader neue, in einem einheitlichen Schulsystem in französischer Sprache auf „französisch“ gedrierte, d. h. den Kolonisatoren gefügige Kader zu entwickeln; 1959 besuchten in Französisch-Westafrika 8,4 % der Kinder diese Schulen, in Äquatorialafrika waren es 16,1 %.

Häufig wird versucht, diese beschämenden Tatsachen mit der rassenhetzerischen Behauptung zu entschuldigen, die Afrikaner seien nicht fähig, sich höheres Wissen anzueignen. Die zahlreichen afrikanischen Studenten, die in letzter Zeit nicht nur Universitäten in den kapitalistischen Ländern, sondern von Jahr zu Jahr in steigendem Umfang auch die Universitäten der sozialistischen Länder besuchen, beweisen das Gegenteil dieser Behauptung. William Dubois, der berühmte amerikanische Negergelehrte, weiß von Dörfern in Kenia zu berichten, die sich an den Rand des Ruins brachten, nur um ihren Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen. Wissensdurst und Wissensdrang sind in Afrika so groß wie irgend anderswo. Schuld an dem niedrigen Niveau des Bildungsstandes ist die geringe Zahl von Schulen und Ausbildungsstätten, die zudem unter Einfluß und Kontrolle der Kolonialisten stehen. Wie groß die Lernbegier der Bevölkerung Afrikas ist, kann man an den Bemühungen der befreiten Völker, z. B. in Ghana und Guinea, ermessen, die es als eine ihrer vordringlichsten Aufgaben betrachteten, Bildungsmöglichkeiten für die Dörfer zu schaffen und das Bildungswesen auf das ganze Land auszudehnen.

Diese beiden jungen afrikanischen Staaten Ghana und Guinea zeigen auch, welche Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung sich für einen unabhängigen Staat bieten, der sich nicht wieder in die Hände der Imperialisten begibt. Afrika ist außerordentlich reich an Bodenschätzen und Naturprodukten. Seine Reserven sind nahezu unerschöpflich. Afrikas Anteil an der Weltproduktion betrug 1956 bei Diamanten 98 %, bei Gold 59 %, bei Chromerz 40 %, bei Phosphaten 32 %, bei Kobalt 81 %, bei Antimon 42 %, bei Manganerz 36 % und bei Kupfer 27 %; sein Boden birgt nach bisherigen Forschungen 70 % Mangan, 48 % Kupfer, 47 % Bauxit, gemessen am Vorrat in der kapitalistischen Welt. An Uranerz werden in Afrika — vornehmlich im Kongo — vier Fünftel der kapitalistischen Weltproduktion gefördert. Afrika verfügt weiterhin über 40 % der Wasserkraftreserven der Welt. Rechnet man noch die in der Sahara entdeckten riesigen Vorkommen an Erdöl und

Erdgas hinzu, so erkennt man den unermeßlichen Reichtum des afrikanischen Kontinents. Dabei sind erst wenige Gebiete Afrikas erforscht, und es wird bei systematischer Untersuchung sicher noch manches reiche Lager an Bodenschätzen gefunden werden.

Auch in einzelnen landwirtschaftlichen Rohstoffen hält Afrika die Weltspitze. So betrug 1956 sein Anteil an der Weltproduktion bei Palmkernen 75 %, bei Kakaobohnen 61 %, bei Palmöl 64 % und bei Sisalhanf 58 %. Afrika hat also wirtschaftliche Möglichkeiten, die ihm eine Entwicklung zu einem blühenden Kontinent garantieren, wenn die Reichtümer des Landes im Besitz seiner Bewohner bleiben und nicht von alten und neuen Kolonialisten fortgeschleppt werden.

### 10. Afrika steht nicht allein

Die Völker Afrikas wissen, daß sie in ihrem Freiheitskampf nicht allein stehen. Nicht nur die Völker Asiens erklären sich mit ihnen solidarisch, sie können sich auch fest auf die Hilfe derjenigen Völker verlassen, die die Imperialisten in ihren Ländern entmachtet haben. Das sozialistische Lager gewährt den Völkern Afrikas uneigennützig Unterstützung. Davon zeugen nicht nur die engen wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen, sondern auch die zahlreichen Ausbildungsmöglichkeiten, die der Jugend Afrikas in den sozialistischen Staaten eingeräumt werden. Hier muß in erster Linie die großzügige Hilfe der Sowjetunion genannt werden, die auf der „Universität der Völkerfreundschaft Patrice Lumumba“ in Moskau Tausenden von jungen Afrikanern Studienmöglichkeiten gibt.

Die XV. UNO-Vollversammlung bewies, in welchem Maße das sozialistische Lager der afrikanischen Befreiungsbewegung auch auf dieser weltpolitischen Tribüne seine Unterstützung gewährt. In der von der Sowjetunion vorgeschlagenen Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker wird ja der Kolonialismus nicht nur angeprangert, sondern es werden konkrete Schritte vorgeschlagen, die die endgültige Beseitigung des Kolonialsystems zum Ziele haben.

Die Deutsche Demokratische Republik, die sich wie alle anderen sozialistischen Staaten in ihrer Außenpolitik von den Prinzipien der gegenseitigen Achtung, der territorialen Integrität und Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und der Gleichberechtigung leiten läßt, verfolgt den afrikanischen Ländern gegenüber eine Politik der Freundschaft. Sie tritt stets für das Selbstbestimmungsrecht der noch unterdrückten und abhängigen Völker ein. Das dokumentierte sich eindeutig, als nach der Unabhängigkeitserklärung Guineas die imperialistischen Mächte

— einschließlich Westdeutschlands — versuchten, den jungen Staat diplomatisch zu isolieren. Damals war die DDR nicht nur einer der ersten Staaten, die die Republik Guinea anerkannten, sie war auch ihr erster internationaler Vertragspartner, schloß schon bald mit der jungen Republik Handels- und Kulturabkommen ab und vereinbarte die gegenseitige Einrichtung von Handelsvertretungen. Auch zu anderen afrikanischen Staaten entwickeln sich vielseitige wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen, die deshalb eine wirksame Unterstützung für die jungen unabhängigen Staaten sind, weil wir, im Gegensatz zu der von Westdeutschland geübten Praxis, keine diskriminierenden politischen Bedingungen stellen. Auf dieser Basis bestehen z. B. wirtschaftliche Beziehungen zur Vereinigten Arabischen Republik, zu den Republiken Sudan, Tunesien, Guinea, Ghana und zum Königreich Marokko.

Die Deutsche Demokratische Republik fördert den wirtschaftlichen Aufbau der jungen afrikanischen Staaten auch durch die Entsendung und Ausbildung von Fachkräften. So errichten gegenwärtig deutsche Ingenieure und Monteure in Conakry (Guinea) die kompletten Anlagen für die Staatsdruckerei und gemeinsam mit Kollegen aus der ČSSR ein Rundfunkhaus. In unserer Republik werden in der Zwischenzeit die Fachkräfte ausgebildet, die später in der Druckerei und im Sender Conakry tätig sein werden. Fachleute und Wissenschaftler (z. B. für Schädlingsbekämpfung, Gemüseanbau wie überhaupt für Landwirtschaft und Wirtschaftsplanung) weilten auch in anderen afrikanischen Staaten.

Solidarisch unterstützt die DDR die nationale Befreiungsbewegung in Afrika. Das kommt z. B. in zahlreichen Solidaritätsaktionen der verschiedenen Organisationen zum Ausdruck. Diese Haltung der DDR wird auch in der Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR vom 27. Februar 1959 dokumentiert, in der es unter anderem heißt: „Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist der Auffassung, daß die Regierungen der imperialistischen Staaten den afrikanischen Völkern ihre nationale Unabhängigkeit und Freiheit gewähren müssen... Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik versichert den Völkern und Staaten Afrikas, daß die Deutsche Demokratische Republik auch weiterhin alles in ihren Kräften Stehende tun wird, um den gerechten Kampf um die nationale Unabhängigkeit und Freiheit in Afrika zu unterstützen.“

Die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, daß die Völker Afrikas zielstrebig den Weg zur Unabhängigkeit ihrer Länder gehen, daß sie sich einig sind im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus. Gemeinsam und mit Unterstützung des ganzen Weltfriedenslagers werden sie ihr Ziel erreichen: Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit.

In der Reihe der „Hefte aus Burgscheidungen“ sind bisher erschienen:

- \*1 Günter Naundorf: Die Verwirklichung christlicher Anliegen im Sozialismus
- 2 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Ökumene und Weltfriedensbewegung
- \*3 Wolfgang Fischer: Christliche und marxistische Ethik
- \*4 Dr. Hanfried Müller: Der Christ in Kirche und Staat
- \*5 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Die Botschaft Jesu Christi in der Begegnung mit dem religionslosen Menschen
- 6 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands
- \*7 Der Mißbrauch der Religion durch den Imperialismus
- 8 Günter Wirth: „Europäische Einigung“ oder Europa des Friedens?
- \*9 Der Primas der Russischen Kirche — Zum 80. Geburtstag des Patriarchen Alexius
- 10 Dr. Hanfried Müller: Die Frankfurter Theologische Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften vom 4. Oktober 1958
- 11/12 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Berlin — nicht Frontstadt, sondern Friedensstadt
- \*13 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Die halbstaatlichen Betriebe in der Deutschen Demokratischen Republik
- \*14 Günter Wirth/Christa Johannsen: Die literarische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 15 Edmond Meclewski: Die polnischen Westgebiete — Eine demographische Untersuchung —
- 16 Prof. Dr. Johannes Leipoldt: Ewiger Friede ist keine Utopie
- 17 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: NATO — die Heilige Allianz des 20. Jahrhunderts
- 18 Hubert Faensen: Die künstlerische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 19 Gertrud Illing: Der 20. Juli 1944
- 20 Gerald Götting: Die Bewährung christlicher Existenz im Aufbau des Sozialismus
- \*21 Zehn Jahre Deutsche Demokratische Republik — Von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zum Kampf um den Sieg des Sozialismus
- 22 Zehn Jahre DDR — zehn Jahre steten wirtschaftlichen Aufstiegs
- 23 Herbert Trebs: Sozialistische Kulturrevolution und christlicher Glaube
- 24 Günter Wirth: Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950
- \*25 Prof. Dr. Rudolf Říčan: Josef L. Hromádka — Leben und Werk
- 26 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Afrika — Einige seiner Probleme
- 27 Duong-Van-Dam: Die Lage des Katholizismus in Vietnam
- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag

- \*29 Fritz Rick: Auf neue Art arbeiten, lernen und leben
- \*30 Dr. Hans Wiedemann †: Aus meinen Reden
- \*31 Gerhard Lange: Erziehung und Bildung der Jugend in den beiden deutschen Staaten
- \*32 Dr. Gerhard Desczyk: Der Friedensauftrag der Katholiken
- 33 Dr. Bohuslav Pospisil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- \*34 Johannes Zukertort: Der deutsche Militarismus und die Legende vom Präventivkrieg Hitler-Deutschlands gegen die Sowjetunion
- \*35/36 Luitpold Steidle: Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“
- \*37 Gerhard Krüger: Die Darstellung der wichtigsten Probleme des zweiten Weltkrieges in der reaktionären Geschichtsschreibung Westdeutschlands
- \*38 Prof. Dr. Gerhard Reintanz, Heinz Büttner, Erwin Krubke: Friedensvertrag mit Deutschland
- \*39 Gertrud Illing: Abrüstung — der Weg zum Weltfrieden — Wunsch und Wille der Menschheit
- \*40 Wolfgang Heyl, Victor Thiel, Erwin Krubke, Rolf Börner: Es gibt keinen dritten Weg
- \*41 Otto Nuschke — Sein Vermächtnis an die christlichen Demokraten
- \*42 Rolf Börner: Der Christ und die sozialistische Moral
- \*43 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Ostsee — Meer des Friedens
- \*44 Prof. Dr. theol. Gerhard Kehnscherper: Max Plancks Forderung an Theologie und Kirche
- 45 Werner Meinecke: Die Verflechtung mit der Macht als aktuelle Bedrohung der Kirche
- \*46 Dr. Heinrich Toeplitz: Recht und Justiz in beiden deutschen Staaten
- \*47 Gerald Götting: Einig im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus
- 48 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Atomare Aufrüstung und Lebenslage
- 49 Prof. Dr. Jan Milíč Lochman: Theologie und kalter Krieg
- 50 Carl Ordnung: Die Kirche vor der sozialen Frage
- 51 Dipl. oec. Erwin Krubke: Soziale Sicherheit ist nur im Sozialismus möglich
- 52 Aus der Arbeit des Gesamtstaatlichen Friedensausschusses der katholischen Geistlichkeit in der CSSR: Vom Glauben zum Bekenntnis
- 53 Alwin Schaper: Der Gottesfrieden — Rückblick und Ausschau
- 54 Prof. Dr. Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- 55 Carl Ordnung: Der Atheismus als Frage an die Christenheit

Die mit \* gekennzeichneten Titel sind bei der Partelleitung vergriffen.

Verkaufspreis 0,50 DM